Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 51. Aue 25. Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

№ 22. | Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 50 Pfg. Inserate werden pro 6gespaltene Zeile mit 10 Pf., im amtlichen Theil die 2gespaltene Zeile mit 30 Pf., Reklamen die 2gespaltene Zeile mit 25 Pfg. berechnet; tabellarischer, außergewöhnlicher Satz nach erhöhtem Tarif. | Sonnabend, den 26. Jan. 1895. Post-Zeitungsliste Nr. 7166. | Inseraten-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis Vormittag 11 Uhr. Eine Gewähr für die nächstägige Aufnahme der Anzeigen bis an den vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben. Unverlangte Aufsätze nur gegen Vorausbezahlung. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verantwortlich. | 48. Jahrgang.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen Carl Richard **Dautenhahn** eingetragene Grundstück, Wohnhaus mit Garten, Folium 31 des Grundbuchs, Nr. 32 des Brandkatasters, Nr. 102 des Flurbuchs für Niederschlema, auf 3880 M. — Pf. geschätzt, soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und es ist

der 6. Februar 1895,
Vormittags 10 Uhr
als **Versteigerungstermin,**

sowie

der 18. Februar 1895,
Vormittags 10 Uhr
als **Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans** anberaumt worden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Schneeberg, am 13. December 1894.

Königliches Amtsgericht.
Müller.
W.

Die Firma: **William Bowden & Co.** in Schneeberg, Fol. 208 des Handelsregisters für Schneeberg ist heute gelöscht worden.

Schneeberg, den 23. Januar 1895.

Königliches Amtsgericht.
Müller.
N.

Grünhain. Unter Hinweis auf den am 28. vor. Mts. in diesem Blatte veröffentlichten Erlaß des Herrn Civilvorsitzenden der K. Ersatz-Kommission in den Aushebungsbezirken Schwarzenberg und Schneeberg werden alle hier aufhältlichen Militärpflichtigen veranlaßt, gemäß § 25 der Wehrordnung vom 22. Novbr. 1888 in der Zeit

vom 15. Januar bis 1. Februar 1895,
zur Rekrutirungsstammrolle bei mir sich anzumelden.

Auswärts geborene Militärpflichtige haben **Geburtsschein** und von den aus früheren Jahrgängen stammenden ist **Loosungsschein** mitzubringen.

Für die Meldung vorübergehend abwesender Militärpflichtiger sind deren Eltern, Vormünder oder Arbeitsgeber verantwortlich.

Die Unterlassung der vorgeschriebenen Meldung ist mit Geld bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen zu bestrafen.

Grünhain, am 7. Januar 1895.

Der Bürgermeister.
Nestler.
2

Grünhain. Von jetzt an werden an alle Diejenigen, welche auf Kosten hiesiger Stadt Lieferungsaufträge oder Bau- und Reparaturarbeiten übertragen erhalten, von mir ausgefertigte Bestellscheine ausgegeben. Wer ohne einen solchen Bestellschein empfangen zu haben, dergleichen Lieferungen oder Arbeiten ausführt, hat auf Zahlung keinerlei Anspruch. **Die Bestellscheine sind mit den regelmäßig an jedem Quartalsschlusse einzureichenden Rechnungen zurückzugeben.**

Grünhain, am 22. Januar 1895.

Der Bürgermeister.
Nestler.

Holz-Versteigerung auf Unterwiesenthaler Staatsforstrevier

Im

Gasthause „zum Kaiserhof" in Neudorf

sollen

Freitag, den 1. Februar 1895,
von vorm. 11 Uhr an,

310	Stück	fichtene gute	Klötzer, 16—22 cm Oberstärke,	3 m, 4 u. 4½ m lang,	in Abth. 55,
936	„	„ „	„ 23—29 „ „		
818	„	„ „	„ 30—36 „ „		
377	„	„ „	„ 37—43 „ „		
92	„	„ „	„ 44—57 „ „		
640	„	„ mangelhafte	„ 13—15 „ „		
1701	„	„ „	„ 16—22 „ „		
2884	„	„ „	„ 23—61 „ „		
230	„	„ Schleifhölzer	8—12 „ „	4 m lang,	
377	Rm.	„ Brennscheite,	60 Rm. fichtene Brennknüppel,		
248	„	„ Aeste in Abth.	3 und 55,		
255	„	„ Stöcke „ „	52, 66 und 79,		

gegen **sofortige Bezahlung** und unter den vor Beginn der Versteigerung bekanntzugebenden Bedingungen verkauft werden.

Die Brennhölzer kommen vor nachm. 1 Uhr nicht zum Ausgebot.

Auskunft über die Hölzer ertheilt der unterzeichnete Revierverwalter.

Kgl. Forstrevierverwaltung Unterwiesenthal und Kgl. Forstrentamt Annaberg,
am 24. Januar 1895.

Timaeus. Mauckisch.

Selektenschule mit Progymnasium zu Schwarzenberg.

Die Anmeldungen von Schülern bittet der Unterzeichnete vom **5.—9. Febr. d. J. nachmittags 4—6 Uhr** in der Schule zu bewirken.

Schwarzenberg, den 18. Januar 1895.

2 **Härtig,** Direktor.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Vor noch leererem Hause als in den letzten Tagen wurde in gestriger Sitzung des **Reichstages** die Berathung der Zollnovelle fortgesetzt.

Abg. Hitze (Z.) spricht sich im Interesse des Schutzes der heimischen Eichenschälrinde für die Einführung des Quebrachoholz-Zolles aus, bleibt aber so unverständlich, daß die Stenographen des Hauses ihre Plätze verlassen und sich dicht vor ihn setzen müssen.

Abg. Langerhans (freis.) theilt mit, daß er Proben von Schuhleder auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, welche mit Quebrachoholz gegerbt seien und einen recht guten Eindruck machen. Es handle sich bei dem Quebrachoholzzoll um den ersten Versuch, Rohprodukte, welche vom Ausland kommen und von einer großen Industrie benöthigt werden, mit einem Zoll zu belegen und also künstlich zu vertheuern. Die Kultur des Eichenschälwaldes werde vielfach höchst unrationell betrieben, namentlich von den kleineren Bauern. Auch die Beschäftigung der Arbeiter im Eichenschälwalde, für welche der Abg. Hitze eintrat, sei nur eine geringfügige, da die Schälung nur alle 14—18 Jahre stattfinde. Wenn die deutsche Gerberindustrie in ihrer größten Vertretung sage, daß ein Zoll auf Quebrachoholz überaus schädlich für ihre Lage sein werde, so müsse man darauf Rücksicht nehmen.

Der nächste Redner Abg. Graf Kanitz (k.) führt aus: Der Staatssekretär habe gesagt, Rußland produzire nur ein Fünftel der Baumwolle, deren es benöthigte, daher sei es für Deutschland gleichgültig, welcher Zoll erhoben werde, wenn er nur gegen alle Staaten gleich sei. Er wünschte, der Herr Staatssekretär hätte die gleiche Ansicht bei den Getreidezöllen und bei dem russischen Handelsvertrag vertreten. Die deutsche Baumwollindustrie habe sich über den Abschluß dieses Vertrages gefreut, jetzt trete die Enttäuschung ein. Auch die übrige Industrie, namentlich die westliche, warte noch immer auf die erhofften günstigen Wirkungen des Vertrages, die Berichte der Handelskammern lauteten sehr pessimistisch, auch über den Preisrückgang der ländlichen Produkte. Er wolle den Abschluß der Handelsverträge durchaus nicht für alle Schäden und für die traurige Lage der Landwirthschaft im Allgemeinen verantwortlich machen, man müsse aber ernstlich an die Hebung des einheimischen Marktes denken, und er hoffe, daß dahingehende Anträge demnächst unterstützt werden könnten.

Abg. Dresler (natlb.) spricht über die traurige Lage der Industrie und des Landbaues im Siegerlande; es könne ihr geholfen werden, sowohl durch Tarifermäßigungen, als durch Einführung des Zolles auf Quebrachoholz. Dadurch werde die dortige Eichenschälwald-Kultur geschützt. Der Kommissar des Reichsschatzsekretairs, Geh. Rath Henle, hebt hervor, daß der Zoll auf Baumwollensamenöl nicht so stark vertheuernd auf Margarine und Kunstschmalz wirken werde, wie mehrere Redner kürzlich behaupteten. Die Gleichstellung des zu Speisezwecken bestimmten Baumwollensamenöls mit den Speiseölen empfehle sich im Hinblick auf die wenig befriedigende Lage der heimischen Speiseölindustrie, welche unter der begünstigten Einfuhr obigen Oeles sehr leide.

Staatsminister Freiherr Marschall von Bieberstein wendet sich gegen die Ausführungen des Grafen Kanitz, namentlich hinsichtlich des russischen Handelsvertrages. Rußland habe bisher von dem Handelsvertrage noch nicht die Vortheile gezogen, die es erwartet habe, hingegen seien unsere Erwartungen vielleicht übertroffen worden. (??) Redner wies dann darauf hin, daß das Darniederliegen der wirthschaftlichen Verhältnisse sich nicht nur in Deutschland, sondern auch hinsichtlich der Landwirthschaft noch viel stärker in anderen Ländern zeige. Der Besprechung des vom Grafen Kanitz angekündigten Antrages wollte er nicht vorgreifen, er bemerkte nur noch, daß über die Bedeutung der Landwirthschaft und die Nothwendigkeit, einen gesunden landwirthschaftlichen Mittelstand zu erhalten, die Anschauungen der Regierung sich von denen des Grafen Kanitz in keiner Weise unterschieden.

Abg. Barth von der Freisinnigen Vereinigung führte aus, daß kein Handelsvertrag mit einem Schlage die allgemeine Geschäftslage so vollständig ändern könne, daß aus einer ungünstigen Lage eine günstige werde; den Hauptwerth der Handelsverträge hätten seine politischen Freunde immer in einer gewissen Stetigkeit der Verhältnisse erblickt; doch nichts könne verfehlter sein als die Einführung des Quebrachoholzzolles und die Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamenöl.

Der klerikale Abg. Fu angel war im Großen und Ganzen mit der Vorlage einverstanden und befürwortete ebenfalls den Quebrachoholzzoll.

Abg. v. Stumm trat, nachdem er im Interesse der Eichenschälwaldbesitzer dem Zoll auf ausländische Gerbstoffe zugestimmt hatte, dem Staatssecretär darin bei, daß der russische Handelsvertrag der deutschen Eisenindustrie Nutzen gebracht habe.

Abg. Hammacher wies die Nothwendigkeit nach, die deutsche Oelindustrie durch die Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamenöl zu schützen.

Abg. Möller hielt gegenüber verschiedener Anzweiflungen die Behauptung aufrecht, daß der russische Handelsvertrag den Erwartungen der Industrie entsprochen habe.

Graf Kanitz verwahrte sich dagegen, den russischen Handelsvertrag für die schlechte Lage der Industrie verantwortlich gemacht zu haben. Die Unzufriedenheit der russischen und österreichischen Landwirthschaft führte er auf die Ausdehnung der Meistbegünstigung auf Amerika und andere überseeische Staaten zurück.

Die Vorlage ging schließlich an eine Commission von 21 Mitgliedern. Die Berathung des Binnenschifffahrtsgesetzes wurde auf heute verschoben.

Berlin, 24. Januar. Das „Berl. Frdbl." meldet, daß der Kaiser selbst sich für die Inschrift: „Dem deutschen Volke" ausgesprochen habe.

— Der „Nationalzeitung" zufolge ist die Blättermeldung, daß Major v. Wißmann in Neapel an akutem Gelenkrheumatismus mit asthmatischen Anfällen erkrankt sei, falsch. Einer lediglich leichten Erkältung halber habe Major v. Wißmann seinen Aufenthalt in Neapel verlängert.

— **Aus dem Reichsland**, 23. Januar. Mit dem aus Osthausen bei Erstein stammenden Freiherren Zorn v. Bulach, welcher zum Unterstaatssekretär ernannt worden ist, tritt ein Altelsässer in eine leitende Beamtenstellung des Reichslandes ein. Er hat nicht wie sein Bruder, der anfangs in die Richtercarrière eintrat und dann die Priesterlaufbahn einschlug, eine Vorbereitungszeit und eine Prüfung als Beamter durchgemacht, sondern als seinen Beruf bisher die Landwirthschaft auf seinem väterlichen Gute betrieben. Freilich stand er seit 20 Jahren mitten im öffentlichen Leben, an dem er sich als Abgeordneter des Bezirkstages, des Landesausschusses und Reichstages, sowie als Vorsitzender des Landwirthschaftsrathes auf das Lebhafteste betheiligt hat. Außerdem hat er gelegentlich noch manche andere öffentliche Function ausgeübt. Er steht vollständig auf deutschem Standpunkt; zur Frau hat er eine Hamburgerin; seine Schwestern sind an preußische Offiziere verheirathet. Nach seiner ganzen Persönlichkeit bietet er Gewähr dafür, daß er zur ruhigen Weiterentwicklung der elsaß-lothringischen Verhältnisse nicht unwesentlich beitragen wird. Bei dieser Gelegenheit verdient hervorgehoben zu